

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt: Tagesblatt Riesa.
Grenzstr. Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkonton: Dresden 1530
Grenzstr. Nr. 22.

Nr. 258.

Dienstag, 4. November 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages und bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 59 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Vermittlung Rabatt 10%, wenn vor Vertrag erfüllt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ganger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostzeustraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Titzsch, Riesa.

Verhärfung des Wahlkampfes.

Berlin, 4. November 1924. Die auffallende Zurückhaltung, mit der der Wahlkampf gegenwärtig geführt wird, kann keineswegs die Tatsache vorübergehen, daß die Auseinandersetzungen der nächsten Wochen außerordentlich scharfe Formen annehmen werden. Besonders in den demokratischen Kreisen herrscht die Auffassung vor, daß das entscheidende Stadium des Wahlkampfes, das etwa in der zweiten Hälfte des November eintreten wird, noch sehr schwerwiegende parteipolitische Kämpfe bringen werde. Die Deutsche Volkspartei beabsichtigt augenscheinlich, ihre ganze Stochkraft gegen die Demokratische Partei richten zu müssen. Die völksparteilichen Führer hätten sich zweifellos die Aufgabe gestellt, die Demokratische Partei zu verulken, um später alle liberalen Kräfte unter ihrem Banner vereinen zu können. Die demokratischen Führer erklären, daß unter diesen Umständen der Kampf gegen die Deutsche Volkspartei aufgenommen werden müsse. Die wirklich liberal gesonnenen Kräfte in Deutschland seien entschiedene Gegner der Bürgerblockpolitik und würden es den Demokraten niemals verzeihen, daß sie es abgelehnt haben, die Rechtsorientierung der deutschen Politik mitzumachen, während dagegen die Deutsche Volkspartei sich durch ihre Annäherung an die Deutschnationalen stark kompromittiert habe.

In den völksparteilichen Kreisen hat der Verlauf des demokratischen Parteitagess große Beachtung gefunden. Man erklärt, daß die Demokratische Partei sehr weit davon entfernt sei, eine Realpolitik zu führen, auf deren Grundlage allein die Gelung des innenpolitischen Lebens Deutschlands möglich sei. Die scharfen Angriffe, die der demokratische Parteitag gegen Dr. Stresemann gerichtet habe, seien eine unerhörte Herausforderung, die die Deutsche Volkspartei in aller Entschiedenheit ablehnen werde. Man müsse sich fragen, ob die Demokraten auf der gegenwärtig von ihnen verfolgten politischen Linie weiter als regierungsfähiger Faktor in Deutschland gelten könnten. Die Einstellung der Demokratischen Partei werde dazu führen müssen, daß sie ebenso wie die Sozialdemokratie jeden Einfluß auf die Regierungspolitik im Reich verlieren müsse.

Von besonderer Beachtung ist die Entwicklung im Lager der deutschnationalen Partei. Diejenigen Kreise, die angenommen hatten, daß sich die deutschnationale Partei in zwei Lager spalten werde, werden ihre Erwartungen nicht erfüllt sehen. Innerhalb der deutschnationalen Partei ist die Geschlossenheit wieder hergestellt worden. Dem rechten Flügel ist es gelungen, einen wesentlichen Einfluß auf die Politik der Partei zu gewinnen, so daß die von Dr. Bergt bisher befolgte Linie stark revidiert werden wird. Besonders in der Frage der Außenpolitik glauben sich die deutschnationalen Führer nach dem Wahlsieg der englischen Konservativen dazu berechtigt, die Außenpolitik der bisherigen Regierung weiter bekämpfen zu können. In diesem Zusammenhang ist jedenfalls die Tatsache interessant, daß fast die gesamte deutschnationale Presse dafür eintritt, die deutsche Außenpolitik künftighin auf ein Zusammenarbeiten mit der bestehenden konservativen Regierung in England einzustellen. Diese These wird jedoch von den maßgebenden Kreisen des auswärtigen Amtes lebhaft bekämpft. Man erklärt, daß sich in allerhöchster Frist die vollkommene Unmöglichkeit einer beratigen Politik herausstellen würde. Die kommende englische Regierung werde höchstwahrscheinlich bekräftigt sein, Frankreich gegenüber eine loyale Haltung einzunehmen, da das konservative England eine Wiederkehr von Carnots nicht wünsche und Baldwin nicht der Mann sei, der die Entschlossenheit besitze, eine Politik der Annäherung an Deutschland zu führen. Nach Auffassung der unterrichteten Stellen wird in den Beziehungen zwischen Deutschland und England ab sofort keine Veränderung eintreten. Was die Frage der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen anlangt, so sei jedenfalls der Versimismus berechtigt, den man in den deutschen Wirtschaftskreisen hinsichtlich der zollpolitischen Einstellung einer englischen konservativen Regierung gegen Deutschland begre.

Reichswehrminister Dr. Gessler kandidiert nicht mehr.

Reichswehrminister Dr. Gessler, der bisher die fünfte Stelle auf der demokratischen Reichswahlliste einnahm und diese Stelle wieder erhalten sollte, hat sich, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, endgültig dahin entschieden, seiner Kandidatur weder für die Reichsliste noch für eine Reichswahlliste anzunehmen. Für die fünfte Stelle der demokratischen Reichsliste ist ein bayerischer demokratischer Abgeordneter vorgesehen, über dessen Namen jedoch bisher nichts verlautet.

Wiederbeginn der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Die deutsche Delegation für die Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich hat sich am Montag Abend nach Paris begeben. Die offiziellen Konferenzen sollen aber erst wieder am Mittwoch aufgenommen werden. Zur Stunde läßt sich noch nicht übersehen, inwieweit die noch bestehenden Gegenstände ausgeglichen werden können. Wie wir hören, rechnet man in den Berliner Regierungskreisen damit, daß die Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich bis spätestens Anfang Dezember zum Abschluß eines deutsch-französischen Handelsvertrages geführt haben werden.

Die Aufhebung des Devisenzwangverkehrs.

(Berlin. Von maßgebender Seite wird mitgeteilt: In der nächsten Nummer des Reichsgesetzblattes erscheint eine Verordnung des Herrn Reichspräsidenten über das Aufheben des Devisenzwangverkehrs, durch die das Ausfuhrverbot, Devisenkommissar und Devisenerfassung beseitigt werden, und in der die Reichsregierung ermächtigt wird, weitere Devisenverordnungen außer Kraft zu setzen. Dies geschieht durch eine Verordnung zur Änderung der Devisenverordnungen, in der zugleich die bestehenden Vorschriften zusammengestellt sind.

Der zukünftige Rechtszustand läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß ausländische Zahlungsmittel gegen inländische Zahlungsmittel bei einer Devisenbank, ausländische Geldnoten gegen inländische Zahlungsmittel auch bei einer Wechselbank zu ihrem höheren als dem festbekannten Einheitsfuß erworben werden dürfen.

Geschäfte, bei denen die ausländische Währung zur Bezahlung von Waren dient, und Geschäfte zwischen ausländischen Währungen sind also unbeschränkt zugelassen. Zum Erwerb ausländischer Zahlungsmittel gegen inländische Zahlungsmittel bedarf es weder Handelskammerbescheinigungen noch Genehmigung des Finanzamtes. Die Markenausfuhr unterliegt nur noch den Beschränkungen des Kapitalausfuhrgesetzes. Die Devisenablieferungspflicht fällt fort. Alle Meldepflichten werden beseitigt.

Die Aufrechterhaltung der Währung fordert nach wie vor, daß bei Inlandsverpflichtungen Besetzung in ausländischer Währung nur in dem wirtschaftlich unbedingt gebotenen Umfang erfolgt. Es liegt im eigenen Interesse der Wirtschaft, daß diesem Erfordernis in ihren Zahlungsbedingungen gebührend Rechnung getragen wird.

Die Aufhebung aller Verordnungen zur Beschränkung des Devisenhandels ist ein Ereignis von größter volkswirtschaftlicher und wirtschaftlicher Bedeutung. Nachdem die deutsche Währung wieder stabilisiert ist und die Jagd nach dem Dollar und den fremden Devisen sich von selbst überlebt hat, konnte die Reichsregierung beruhigt zu dieser Maßnahme greifen, die als äußeres Zeichen für die Beseitigung der wirtschaftlichen währungsrechtlichen Verhältnisse Deutschlands angesehen werden kann. Nunmehr besteht absolut keine Gefahr mehr, daß die Spekulation von neuem die deutsche Währung untergraben kann, denn seit dem Zustandekommen der 800 Millionen Mark-Anleihe verfügt das Reich wieder über gesunde Finanzverhältnisse, die es als vollkommen unanfällig erscheinen lassen werden, die Notenpresse etwa wieder in Gang setzen zu wollen. Das Vertrauen in die Festigkeit unserer neuen, nunmehr auf feste Golddeckung gestellten Währung ist so groß, daß die früheren Beschränkungen des Reichspräsidenten, wonach der Handel mit

ausländischen Zahlungsmitteln wieder freigegeben werden kann, unbedenktlich ist, dieses Vertrauen zu bekräftigen und vor aller Welt die Zuverlässigkeit des deutschen Geldes zu demonstrieren. Obwohl die Rentenmarktwährung niemals als Zahlungsmittel für das Ausland gedacht war, wurde sie in allen Ländern schon seit einem halben Jahre als vollgültiges Zahlungsmittel anerkannt. Dies beweist, daß die bisherige Politik der Reichsregierung in hohem Grade das Vertrauen des Auslandes gewonnen hat und niemand mehr ernsthaft an neue politische oder wirtschaftliche Erschütterung in Deutschland glaubt.

Es ist vielleicht ein gewolltes Zusammentreffen, daß die Aufhebung der Devisenzwangverordnungen gerade im gegenwärtigen Augenblick des Wahlkampfes erfolgt ist. Diese Vermutung ist sehr naheliegend, da das eigentliche Ziel des gegenwärtigen Wahlkampfes darin besteht, die Regierung Marx-Stresemann, deren Politik zur Wiederbelebung der innerdeutschen Verhältnisse geführt hat, nunmehr eine ausreichende Mehrheit im neuen Reichstag zu verschaffen. In den wirtschaftspolitischen Kreisen wird der Schritt der Reichsregierung zur Aufhebung der Devisenzwangverordnungen lebhaft begrüßt werden, da nunmehr das letzte Lebensziel aus der ungeliebten Zeit der Inflation verschwunden ist. Die Devisenverordnungen waren aus der Notwendigkeit entstanden, der vor dem Zusammenbruch stehenden deutschen Währung zur Hilfe zu kommen und die Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln zu verhindern. In allen Sachverständigenkreisen hat man die Lebenszeugung gewonnen, daß dieser Zweck nicht erreicht werden ist, da die Verordnungen den fürchtbaren Zerfall der Papiermark doch nicht aufhalten konnten. Glücklicherweise ist nun die Zeit überwunden, in der Regierung und Volk dem Ruin der deutschen Währung machtlos gegenüber standen. Die Devisenzwangverordnungen hat vielleicht das Tempo des Niederganges der Papiermarkwährung um einige Monate verlangsamt können, aber sie haben es nicht verhindert, daß im Herbst 1923 der völlige Zusammenbruch eintrat. Immerhin darf nicht verkantet werden, daß es wenigstens mit ihrer Hilfe gelungen ist, die Wiederbelebung der deutschen Währung durchzuführen. Es ist nun gerade ein Jahr her, daß die Reichsregierung zur Einführung der Rentenmarktwährung schritt, und fast niemand hätte am 15. November vorigen Jahres noch daran geglaubt, daß es tatsächlich gelingen würde, die deutsche Währung stabil zu halten. Wenn dieses ungeheure finanzpolitische Werk dennoch durchgeführt werden konnte, so ist das der Politik einer Regierung zu verdanken, die mit eiserner Hand der Rentenmarktwährung abot, und die mit Hilfe des Reichspräsidenten Dr. Schacht ihre Politik der brutalen Sparbarkeit und Verteilung des Geldmarktes zu einem erfolgreichen Ende durchgeführt hat.

Wahlaufruf der evangelischen Deutschnationalen.

Der evangelische Reichsausschuß der Deutschnationalen Volkspartei verlangt in seinem Wahlprogramm für die bevorstehenden Reichstagswahlen:

1. ein Schulgesetz mit voller Freiheit für die christliche Bekenntnisschule unter strenger Wahrung des in Artikel 146 der Reichsverfassung gegebenen Elternrechts und Sicherung einer christlichen Lehrerbildung für die christliche Schule;
2. Freiheit für die Kirche zu selbständiger Ordnung und Verwaltung ihrer inneren Angelegenheiten; verständnisvolle Sicherung ihrer wirtschaftlichen Grundlagen;
3. reichsgeleitliche Schug der christlichen Feiertage;
4. ersten Kampf gegen Trunksucht und Anzucht, gegen Schund und Schmutz; Ausbau des Volkshochschulwesens, Maßnahmen zum Schuge der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen;
5. Gewährung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an alle religiösen Gemeinschaften, die den Bedingungen des Artikels 137 der Reichsverfassung entsprechen;
6. Erhaltung der sozialen Versicherung und der Schuggesetzgebung, insbesondere der Sonntagsruhe und des Vereinsrechts.

Reichskonferenz der Großdeutschen Volksgemeinschaft.

Die am Sonntag in München abgehaltene Reichskonferenz der Großdeutschen Volksgemeinschaft hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der jeder weitere Versuch einer Vereinigung mit der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung unter der Führung Ludendorffs, Straßers und v. Grafes für unmöglich erklärt wird. Die Leitung der Großdeutschen Volksgemeinschaft wird auf Vorschlag Efers und Strieders durch einstimmige Pinzwahl des thüringischen Landtagsabgeordneten Dr. Dinter ergänzt. Diese erweiterte Leitung beschließt, unter der Bezeichnung „Vollzugsausschuß der Großdeutschen Volksgemeinschaft“ die Geschäfte weiter zu führen und Adolf Hitler jederzeit die Organisation zur Verfügung zu stellen. Die Großdeutsche Volksgemeinschaft wird sich an den Gemeindevahlen in Bayern beteiligen. Dagegen lehnt sie eine Beteiligung an den Reichstagswahlen mit eigenen Listen ab, um die Zersplitterung im völkischen Lager nicht zu vermehren.

Großer Sieg des Generals Feng.

Paris. (Funknach.) „Newport Herald“ meldet aus Tientsin, die Truppen des christlichen Generals Fung Da Shiang sind in Tientsin eingezogen, ohne daß die Truppen des Generals Wupeifu Widerstand geleistet haben. Die Armee Wupeifus zieht in Richtung auf Taku. In Taku ist Wupeifu an Bord des chinesischen Kreuzers „Haidi“ gegangen, der nach Schanghai in See gestochen ist.

Der neue Präsident der Thüringischen Staatsbank.

Weimar. Gestern nachmittag fand in Gegenwart der Direktoren, des Verwaltungsrates und der Angehörigen der Thüringischen Staatsbank, sowie einer Anzahl geladener Gäste die Einführung des neuen Präsidenten der Thüringischen Staatsbank, Geheimen Finanzrats Dr. Josef durch den Staatsminister Dr. von Müchler statt. Nach einer kurzen Ansprache des Ministers erwiderte der neue Präsident mit Dankworten für das in ihn gesetzte Vertrauen und mit der Versicherung, daß er die Geschäfte der Bank jederzeit unter Ausschluß aller politischen Momente nur nach rein kaufmännischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten führen werde.

Wegen Raubüberfalls verurteilte Kommunisten.

Nach dreitägiger Verhandlung verurteilte das Schwurgericht 7 Mitglieder einer lokalen kommunistischen Kampforganisation wegen Raubüberfalls auf das Bürohaus der Grube Treue bei Schöningen zu längeren Zuchthausstrafen. Im einzelnen erhielten der Dreher Ludwig Nusch aus Berlin, der kurze Zeit im Zuchthaus zu Wollnubittel eine sechsjährige Freiheitsstrafe wegen Vertrauensverstoß, 12 Jahre Zuchthaus, der Hilfsarbeiter Ernst Haberland und der Dreher Rudolf Claus je 8 Jahre Zuchthaus, der Schlosser Walter Schiering, der Arbeiter Otto Pauli aus Sommerhausen und der Schneider Franz Ruppel aus Charlottenburg je 6 Jahre Zuchthaus, der Schlosser Konstantin Steinbrunner 3 Jahre Zuchthaus. Mit Ausnahme des Angeklagten Steinbrunner werden sämtliche Verurteilten unter Polizeiaufsicht gestellt. Den Angeklagten Nusch, Haberland und Claus werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre aberkannt. Die Handgranaten, Wikolen, Revolver und sonstige Munition werden beschlagnahmt.